

Die englischen Kameraden brüderliche
 Unionregierung, alle aus der so-
 wjetregierung folgenden Schritte
 Wilson 7.
 er ehemalige Präsident Wilson 19
 fülle löst diese Nachricht in Will-
 Die Wilson'schen „14 Punkte“, mit
 die vertrauensvollen deutschen Ka-
 dem Zusammenbruch vereinigte,
 Auge. Die deutsche Nation hätte
 denn vierjährigen, beidenhätigen
 Feinden eine ehrenvollere Be-
 verdient, die Deutsche und Tüde
 Vernichtungswille ließen es nicht
 Wilsons und seinem förperrlichen
 man nicht umhin können, zu glau-
 altmächtige doch noch einen Höheren
 sein „Dank, bis hierher und nicht
 daß ein Polmare sich am heutigen
 (1918)
 Präsident der Vereinigten Staaten
 absterblichen Verdienst, geb. 28.
 (Vergina), Professor der Staats-
 Natur Kolleg, 1890 an der Weim-
 Präsident, 1910 Gouverneur von
 der demokratischen Partei zum
 Staaten gewählt, trat sein Amt
 mit weitestgehenden inneren Reformen
 (Zeremonienfeier), zeigte auch tätige
 überungen und wurde November
 er bei den Wahlen 1920 eine große
 vor Wilson anfangs bestritt, neu
 die Möglichkeit einer Friedensver-
 e aber ohne Widerspruch die am-
 an die Entente und ließ sich, na-
 der Gegenüber mit Deutschland
 es immer mehr zum Anführer an
 n gläubige Wilson, der „Vater-
 des „völkischen Militarismus“
 am im Januar 1918 aufgestellten
 die Grundformen einer neuen
 Geographie der Miltären und
 e gegen Völkern fehte er 1919 den
 Grundrissen freisch die den Mit-
 Friedensverträge, besonders der
 sich ließen. 1919 erhielt er den
 nach er körperlich zusammen.

Bezugspreis:
 Halbmonatlich 71 Pfennig
 80 Wochenlang. Durch die
 Post im Ost- u. Oberamt-
 bezirk, sowie im sonstigen
 inländ. Bezirke 50 Gold-
 pfennig m. Postzuschlag.
 Preise freibleibend,
 Nachzahlung vorbehalten.
 Preis einer Nummer 10 Gold-
 pfennig.
 In Fällen von außerordent-
 licher Gewalt behält sich Ver-
 walt behält sich Anspruch
 auf Prolongation der Zeitung
 oder auf Rückzahlung des
 Bezugspreises.
 Verletzungen nehmen alle
 Poststellen, in Neubürg
 während die Zusteller
 jederzeit entgegen.
 Diebstahl Nr. 24 bei der
 K. Poststelle Neubürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Wagenpreise:
 Die einpauige Zeitzeile ab-
 deren Raum im Bezirk
 15, außer 20 Halbpennig
 mit Inf.-Einr. Kollet-
 anzeigen 100 Proz. Zuschlag.
 Offerte u. Aufnahmestellung
 2000. A. Refl. - Reihe 50 Gold-
 pfennig.
 Bei größeren Aufträgen ent-
 sprechender Rabatt, der zu-
 alle des Nachvertrages
 einjährig wird, ebenso wenn
 Fahlung nicht innerhalb
 3 Tagen nach Rechnungs-
 datum erfolgt.
 Bei Textveränderungen
 treten sofort alle früher. Ver-
 einbarungen außer Kraft.
 Druckpreis Nr. 4.
 Für telefonische Aufträge
 wird telegrafisch Gewähr über-
 nommen.

Nr. 30. Neuenbürg, Dienstag, den 5. Februar 1924. 82. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 2. Febr. Die Rentenbank sprach dem Reichstags-
 abgeordneten Delferich den Dank aus für die Mitwirkung für
 Schaffung der Rentenmark.
Protest gegen die Aufhebung der 13 Bezirksämter.
Karlruhe, 4. Febr. In den Kreisen derjenigen Bezirke, die
 infolge der erlassenen Abänderung ihrer Bezirksämter ver-
 loren sollen, herrscht allgemeine Entrüstung über das Vor-
 gehen des Ministeriums des Innern, da man sich immer mehr
 über die ungeheure wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme
 klar wird. Infolge dessen besteht die Ansicht, sich zu einem ge-
 meinsamen Vorgehen zusammenzuschließen. Es sollen dem-
 nächst Besprechungen in der Sache stattfinden.
Begnadigung Fischenbachs.
 Eine Württemberger Drohung des „Montagmorgen“ lüftet
 die vorstehende Begnadigung Fischenbachs an. Fischenbach hätte,
 nachdem dieser Weg vom bayerischen Befehlenden v. Freyler im
 Reichstag empfohlen war, ein Gnadengeleis eingeholt. Das
 bayerische Oberlandesgericht hätte sich über dieses Gesuch zu-
 rückziehen zu müssen, und zwar hätte es das in einem für
 Fischenbach günstigen Sinne getan. Da die bayerische Regie-
 rung sich an das Gutachten binden zu wollen erklärt hatte, sei
 an der Begnadigung Fischenbachs nicht zu zweifeln.

**Grund des Ausnahmestandes in der Vorbereitung und Aus-
 führung der Wahlen nicht behindert werden.**
Zur Frage der Auswertung
 äußerte sich Finanzminister Dr. Luther Pressevertretern gegen-
 über noch folgendermaßen: Sei die Hypothek zurückerlöst, so
 kommt nach § 1 Abs. 2 eine Auswertung nicht mehr in Frage.
 Ausgeschlossen seien ferner Hypotheken mit Entwertungsklausel
 und solche, die bereits durch Urteil erledigt seien. Besonders
 unüberwindlich wäre die Lage bei den Hypothekendarlehen, da
 man nicht wisse, wie viel sie durch die Auswertung wieder her-
 einbekommen.
 Weiter erklärte der Minister: Bei Pfandbeständen ist noch
 kein festes Auswertungsmaß vorgegeben, da sich noch nicht er-
 kennen läßt, wieviel die Hypothekendarlehen aus den aufgewer-
 teten Hypotheken zu Gunsten der Pfandbriefgläubiger vereinnah-
 men werden. Im übrigen sollen nur Pfandbriefe Berücksichti-
 gung finden, die seit dem 1. Januar 1919 im Besitze der In-
 haber sind, oder aber auch solche, deren Erwerb auf gesetzlich
 Pfang zu Pfandbriefen zurückzuführen ist. Alle späteren,
 namentlich spekulativen Erwerb werden nicht auf ihre Kosten
 kommen, wobei man bei der Feststellung sich die Erfahrungen
 des Depositenwesens, die Schlusnoten und andere Mittel zunutze
 machen will.
 Die schwierige Lage der Landwirtschaft wird von der
 Reichsregierung besonders anerkannt (wie sie sich auch in dem
 verminderten Bezug von künstlichen Düngemitteln ausdrückt),
 so daß die Entscheidung in der Auswertung der Hypothekendar-
 lehen der Landwirtschaft kaum vor der übermäßigen Ernte zu
 erwarten steht und wohl auf dem Wege des ordentlichen Verkaufes
 geregelt werden wird. Es wird an dem Grundbesitz festgehalten,
 daß bis zum 1. Januar 1924 keine Kapitalien zurückzugeben
 sind, daß ferner 1924 keine Zinsen zu bezahlen sind, während ab
 1925 zwei Prozent, ab 1926 drei Prozent usw. bis 1929 fünf
 Prozent auszubringen sein werden.
Sparausbau und Lebensversicherungen bilden Ausnahmen
 bei der Auswertung. Bei ersteren werden die aus der aufgewer-
 teten Hypothek eingehenden Gelder bis zu 10 Prozent bei
 der Auswertung der Einlagen Verwendung finden, darüber
 hinaus aber einem Garantieverband für gemeinnützige Zweck-
 zwecke zufließen, wobei in erster Linie die Kreise berücksichtigt
 werden sollen, die unter der Entwertung am meisten gelitten
 haben.
 Bei Lebensversicherungen läßt sich das Vermögen der Ge-
 sellschaft überhaupt nicht übersehen, weil man ihren Besitz an
 Hypothekendarlehen nicht kennt. Man scheint geneigt zu
 sein, zu erwägen, daß hierbei überhaupt keine nennenswerten
 Kapitalwertungen in Frage kommen werden. Gegebenenfalls
 will man aber überschüssige Summen für Wohnungsbau-
 zwecke verwenden. Die Reichsregierung betont im be-
 sonderen, daß der innerhalb der Verordnung vorgegebene Mel-
 denwertungsansatz bei Grundbesitz ein Mittel darstellt, um
 auf der einen Seite den Ländern ein Entgelt für die immer
 mehr abnehmenden Besoldungszulagen zu gewähren, ander-
 seits aber auch den Ländern ein Mittel in die Hand zu geben,
 das sie nach eigenem Ermessen und in dem ihnen gut dünkenden
 Umfang als ihre eigene Steuerquelle ausbauen können. Es
 handelt sich dabei um nichts anderes, als um den inzwischen
 verlorengegangenen Namen der Mietssteuer, die in den ver-
 schiedenen Ländern sicherlich ganz verschieden noch verwirklicht
 werden dürfte. Der Wohnungsbau soll auch aus dieser Quelle
 Nutzen ziehen in der Weise, daß die Länder verpflichtet werden,
 zehn Prozent der Mietswertungen für diesen Zweck zu ver-
 wenden. Ueber den Umfang der Eingänge lassen sich noch keine
 Schätzungen aufstellen. Im Frieden wurden insgesamt etwa
 fünf Milliarden Goldmark einschließlich der inzwischen wegge-
 fallenen Gebiete verrentet, während die gegenwärtige Jah-
 resschätzung im höchsten Falle nicht über 600 Millionen Gold-
 mark hinausreicht.

genden Brief gerichtet: „Unsere beiden Länder haben Seite an
 Seite solche Zeiten der Krisen durchlebt und haben gemeinschaftlich
 solche Opfer gebracht, daß in dem Augenblick, in dem ich die
 Regierung übernehme, ich Ihnen einen persönlichen Brief über-
 mitte, nicht nur, um Sie von dem Wechsel des Ministerrats zu
 unterrichten, sondern auch um Ihnen meine Grüße und meine
 guten Wünsche zu übermitteln. Es ist mir unangenehm, so
 viele unerledigte Fragen vorzufinden, die unsere Sorge und Be-
 fürchtungen erregen, und ich verhoffe Sie, daß es meine täg-
 liche Sorge sein wird, dabei mitzuwirken, sie zu unserem ge-
 meinsamen Nutzen zu lösen. Sie haben Ihre öffentlichen Mei-
 nung, ich habe die meinige. Sie haben Ihre nationalen Inter-
 essen sicherzustellen und zu verteidigen und ich die meinigen. Auf
 den ersten Blick könnten sie manchmal in Widerspruch mit ein-
 ander stehen, aber ich bin sicher, daß durch eine aufrichtige An-
 strengung guten Willens diese Konflikte geregelt werden können
 und daß es möglich sein wird, die vollständigen Mittel zu finden,
 die es Frankreich und Großbritannien gestatten werden, ein
 freundschaftliches Zusammenwirken untereinander aufrecht zu
 erhalten. Wir können offen sein ohne Feindschaft, und die In-
 teressen unserer Länder ohne Feindschaft verteidigen. Auf diese
 Weise wird die Verständigung viel mehr sein als ein Wort und
 Großbritannien und Frankreich können zusammengehen, um den
 Frieden und die Sicherheit Europas aufrecht zu erhalten. Ich
 bitte Sie, die Versicherung meiner ausgezeichneten Beobach-
 tung entgegenzunehmen.“
 Die Antwort Poincaré lautet: „Ich bin sehr gerührt von
 dem lebenswürdigen Brief, mit dem Sie mir die Wiederernte
 Ihres Amtes mitteilen die Güte hatten und in dem Sie mir
 persönlich Ihren Gruß entsenden haben. Ich wünsche von gan-
 zem Herzen, daß Ihre Bemühungen um das größtmögliche
 Wohl Ihres Vaterlandes von Erfolg gekrönt sein möchten. Die
 Wände, die unsere beiden Länder miteinander verknüpfen, sind,
 wie Sie uns ins Gedächtnis rufen, an gemeinsamen Besühungen
 und Opfer geknüpft worden. Die Erinnerung an jene Zeit
 wird, dessen dürfen Sie sicher sein, mir wie keinem Lande un-
 aufrichtig gegenwärtig sein. Damit habe ich bereits ange-
 sprochen, daß auch ich lebhaft bedauere, daß mehrere für unsere
 beiden Länder wichtige Fragen noch nicht geregelt sind. Wie
 Sie, so werde auch ich mein Möglichstes tun, um ein Einver-
 nehmen mit Ihnen zu finden, um sie zu unserem beiderseitigen
 Nutzen zu lösen. Wenn wir beiderseits auf unsere öffentliche
 Meinung Rücksicht nehmen müssen, wenn wir beide unsere na-
 tionalen Interessen zu schützen haben, so habe ich doch das Ver-
 trauen, daß wir, wenn wir, jeder für sich, bei der Regierung der
 etwa auftretenden Fragen mit der Entschiedenheit und dem an-
 ten Willen vorgehen, von dem Sie gesprochen haben, zu Lösun-
 gen gelangen werden, die dazu ansetzen sind, zwischen Groß-
 britannien und Frankreich die Politik, die für unsere beiden
 Länder und für die Freiheit der Welt notwendig ist, aufrecht
 zu erhalten. Mein Vertrauen wird stets dem Frieden entsprochen.
 Und wenn ich die französischen Interessen mit dem gleichen
 Eifer verteidigen werde wie Sie die englischen, so wird nicht-
 destoweniger, dessen dürfen Sie sicher sein, niemals etwas die
 besten Rhythempfindungen beinträchtigen. Es ist nicht un-
 möglich, daß wir, wenn wir beiderseits von derartigen Emp-
 findungen befeuert sind, wir die Entente wieder effektiv gestalten
 und daß es uns gelingt, die Früchte zu gewinnen, die sie tragen
 kann und muß, wenn Europa endlich den Frieden, die Sicher-
 heit und die Freiheit der Welt wiederfinden soll. Empfangen
 Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Beobachtung. (ges.):
 Poincaré.“

Ausweisliches über die Besatzungskosten.
 Ueber die Höhe der Besatzungskosten erfahren wir von zu-
 künftiger Stelle: Bis Ende Dezember 1922 betragen die Aus-
 gaben sowohl für die Gegenwehr als auch soweit sie aus
 Reparationskonten gebührt worden sind 1,5 Milliarden Gold-
 mark. Im einzelnen sind die Ausgaben in der dritten Den-
 schrift über die Besatzungskosten niedergelegt. Für die Zeit
 nach dem 31. Dezember 1922, also vom 1. Januar 1923 ab,
 liegt amtliches Material nur soweit vor, als die unmittelbaren
 Kosten Deutschlands in Betracht kommen. Ueber die Kosten der
 Gegenwehr haben wir noch keine Unterlagen. Unsere Ausgaben
 nun an Wohn-, im allerbesseren Gebiet, belaufen sich vom 1. Ja-
 nuar 1923 bis Oktober 1923 auf 207 Millionen Goldmark. Dazu
 kommen die Ausgaben im Ruhrgebiet. Nur für die Besat-
 zungskosten betragen sie für denselben Zeitpunkt 30 Millionen
 Goldmark. Inzwischen liegen neue Forderungen der Besat-
 zungsmächte vor, und zwar für die Errichtung von neuen Ka-
 sernen, von Offizierskasernen, von Ställen, sowie Wohnungen
 und deren Anstattungen, die zusammen eine Summe von über
 25 Millionen Goldmark ausmachen. Bis jetzt hat sich die deut-
 sche Regierung diesen Forderungen gegenüber ablehnend ver-
 halten. Für die Monate Oktober, November, Dezember 1923
 haben zur Stunde die genannten Forderungen noch gar nicht fest.
 Die Kosten werden aber größer sein, und zwar aus Gründen,
 die mit der Entwicklung der deutschen Währung zusammenhän-
 gen.

Auslieferungverlangen gegen die Mörder Erzbergers.
 Berlin, 4. Febr. Der „Montagmorgen“ läßt sich aus Wa-
 dapest melden, im ungarischen Reichstag sei am Samstag die
 Nachricht verbreitet worden, daß die beiden Erzbergermörder
 Schulz und Tillesen verhaftet worden seien. Beide befänden
 sich in Ungarn und hätten das Land seit dem Tag ihres Eintre-
 tens nicht verlassen. Die Meldung von ihrer Flucht nach Span-
 nien sei nur zur Täuschung der deutschen Behörden berechnet
 gewesen. Seit Jahr und Tag seien beide auf einem Gute tätig.
 Ihr Aufenthalt sei auch den mit Hitler verbundenen nationa-
 listischen Gruppen wohl bekannt gewesen. Der deutsche Botschafter
 sei vor einigen Tagen von dem Küstenschutz der Mörder ver-
 rückt worden. Er hätte diese Meldung an die deutsche Regie-
 rung weitergeleitet und nunmehr hätte er im Namen der
 deutschen Regierung an das ungarische Ministerium das Er-
 suchen gerichtet, die Erzbergermörder zu verhaften. Darnach
 wurde das gefällige Auslieferungsgesuchen sofort eingeleitet.
 Der Budapest-Korrespondent des „Montagmorgen“ fügt hinzu,
 das Verlangen der deutschen Regierung sei von der ungarischen
 Regierung bis heute noch nicht erledigt worden. In der un-
 mittelbaren Umgebung des Reichserzbergers Schulz fehle es
 nicht an schilfenden Gelehrten des Schulz und Tillesen.

Die Pariser Presse zum Hinscheiden Wilsons.
 Die Nachricht von dem Hinscheiden Wilsons gibt der Pariser
 Anstalt, sich ausführlich mit der Persönlichkeit des verstorbenen
 Präsidenten zu beschäftigen. Die meisten Blätter erheben in
 dem Verstorbenen einen verklärten Idealisten, der zu seinem
 Glück sich politisch selbst überlebte und die letzten drei Jahre in
 völliger Zurückgezogenheit verbracht hat. Weltlich äußert sich
 der „Temps“ zu der Beinhaltung des toten Präsidenten.
 Das Blatt meint, er habe stets richtig nach den Umständen ge-
 handelt und sein sogenannter Realismus habe eine gründ-
 lichen Prüfung zum Stand. Daher würde es auch eine Ver-
 leumdung seines Andenkens bedeuten, wollte man auf Grund
 der Wilsonschen Punkte an den letzten Grenzen Europas
 rühren.
Russische Note an Nordamerika.
 Das sowjetrussische Kommissariat des Auswärtigen hat an
 das amerikanische Staatssekretariat eine Note gerichtet, in wel-
 cher das zweimal vorgekommene Anlaufen russischer Dänen durch
 amerikanische Kriegsschiffe ohne eingeholte Erlaubnis zur
 Kenntnis gebracht und die Erwartung ausgedrückt wird, daß die
 Regierung der Vereinigten Staaten ähnliche Vorkommnisse zu
 verhindern wissen werde. In dem einen Fall war ein ameri-
 kanisches Kriegsschiff in Batum, im anderen Fall in einer Bucht
 von Kamtschatka angelauten.

Som Reichsausschuß des Reichstages.
 Berlin, 2. Febr. Der Reichsausschuß des Reichstages be-
 schloß sich mit den Beschlüssen der kommunistischen und sozial-
 demokratischen Partei über die Beschränkungen der Wahlfreiheit
 durch den Militärbehörden in Thüringen. Namens der
 Kommunisten beantragte Dersfeld, der Reichsausschuß möge
 feststellen, daß die Vorgehen von Wahlleistungen der Reichs-
 verfassung und den Erklärungen des Reichswehrministers wider-
 spreche. Namens der Sozialdemokratie schloß sich Rosenfeld
 dem Antrag an. Geheimrat Semmler vom Reichswehrministerium
 ging auf die einzelnen Beschlüsse ein und sagte: Nach
 der Erklärung der Reichsregierung steht auch während der
 Wahl die Aufhebung des Artikels der Verfassung über die
 Pressefreiheit unbedenklich bestehen. Das sozialistische Flugblatt
 wurde verboten, weil nach der Genehmigung eine neue Ueber-
 schrift und ein Bild hinzugefügt wurde. Gegenüber dem Vor-
 wurfe, daß durch Pressebeschränkungen auf die im Gange befind-
 lichen Untersuchungen in Thüringen eingewirkt werde, betonte
 der Regierungsvertreter, daß das Reichswehrministerium fol-
 cher Einwirkung durch die Presse fernstehe. Der Vertreter
 Thüringens betonte, daß die Flucht der thüringischen Regierung
 in die Defensivität mit einem Verleite an den Reichswehrmini-
 ster veranlaßt worden sei, und durch eine seit längerer Zeit ge-
 führte Pressekampagne. Die thüringische Regierung habe die
 Gewißheit erlangt, daß diese die Wahrheit auf den Kopf stellen-
 den Angriffe auf den Militärbehörden in Thüringen zurück-
 zuführen seien. Der Reichsausschuß beschloß, die Reichsregie-
 rung zu erwidern, dafür Sorge zu tragen, daß die Wahlkandi-
 daten und Wahlberechtigten durch Zwangsmaßnahmen auf

**Die Verordnungen sind demnach, die unter dem Druck der Ver-
 hältnisse erlassenen Zwangsmaßnahmen möglichst mit dem Ge-
 rechtigkeits- und sozialen Empfinden weiter Volkswirtschaften zu
 verbinden. So ist auch die Inflationsteuer anzufassen, die
 bis zu 10 Prozent der vom Staat zum Dauerbau geliehenen
 Beträge von den Hauseigentümern fordert, die durch die Rückzah-
 lung in erhöhtem Maße außerordentliche Gewinne erzielt
 haben. Es ist übrigens bezeichnend, daß man bei der Aufwer-
 tung der Pfandbriefe mit einem außerordentlich hohen Zins-
 satz für spekulative Erwerbungen rechnet, die durch die Kotver-
 ordnung nicht berührt werden, so daß etwa unzulängliche Be-
 träge aus dieser Teilbesatzung gleichfalls dem Wohnungsbau
 zugeführt werden. Die Verordnung erstreckt sich nicht auf
 Schuldverschreibungen usw., die auf Grund von Sondergesetzen,
 Aktienüberträgen usw. geregelt sind, ferner nicht auf Ver-
 träge, die den Wertentwertungsparagrafen besonders eingetragt
 haben, und schließlich nicht auf Abschlüsse, für die schon vor
 Bekanntgabe vorliegender Verordnung ein rechtskräftiges Ur-
 teil vorliegt.
 Daß die Inflationsergebnisse aus den Holzverkäufen an-
 langt, so erfordert es die Gerechtigkeit, die Geldentwertungs-
 werte, die dort den damals üblichen Terminen von 6-18 Mo-
 naten (1) entstanden sind, steuerlich zu erfassen. Bei der Auf-
 wertung der Hypotheken des Hausbesitzes wollte man ursprünglich
 den 1. Juli 1918 als Stichtag nehmen, aber davon abgan-
 gen, weil man die vielfache wasserländische Belastung der
 Grundstücke während des Krieges durch freiwillige Aufnahme
 von Anleihen finanziell und moralisch nicht als unge-
 recht hinstellen wollte. Man hat sich deshalb zu dem Termin
 des 1. Juli 1914 bekannt.**

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.
Neuenbürg, 4. Febr. In der am Samstag im Lokal „Zum
 Schwanen“ gut besuchten Generalversammlung des
 Liedervereines wies Vorstand Kollmer in einem
 kurzen Rückblick auf die tiefenwunden Ereignisse des ver-
 gangenen Jahres hin — Rhein- und Ruhrbesetzung durch die
 Franzosen, Geldentwertung und damit verbundene Verarmung
 weitester Kreise und Vereine, auch des Liedervereines —, am
 dann auf die Vereinsangelegenheiten selbst überzugehen. In 3
 Versammlungen und 4 Aufsichtungen wurden die Vereins-
 geschäfte erledigt. An Veranstaltungen sind zu erwähnen zwei
 gut besuchte Konzerte am 21. und 23. Februar, letzteres mit an-
 schließendem Familienabend, ein Waisensitz nach Weinbach
 mit über 100 Teilnehmern. Der Verein beteiligte sich an der
 Gauerfeier der alten Enzgan-Sängerbundes in Döfen,

Abonnements
 „Enztäler“
 Geschäftsstelle sowie bei den
 abgeholt werden.
 werden, soweit vorrätig, nach-
 liefert.
 ungen für den Monat Februar
 mehr an.

Ausland.
Brissach zwischen Poincaré und MacDonald.
 Paris, 3. Febr. Ramsay MacDonald hat an Poincaré fol-
 genden Brief gerichtet: „Unsere beiden Länder haben Seite an
 Seite solche Zeiten der Krisen durchlebt und haben gemeinschaftlich
 solche Opfer gebracht, daß in dem Augenblick, in dem ich die
 Regierung übernehme, ich Ihnen einen persönlichen Brief über-
 mitte, nicht nur, um Sie von dem Wechsel des Ministerrats zu
 unterrichten, sondern auch um Ihnen meine Grüße und meine
 guten Wünsche zu übermitteln. Es ist mir unangenehm, so
 viele unerledigte Fragen vorzufinden, die unsere Sorge und Be-
 fürchtungen erregen, und ich verhoffe Sie, daß es meine täg-
 liche Sorge sein wird, dabei mitzuwirken, sie zu unserem ge-
 meinsamen Nutzen zu lösen. Sie haben Ihre öffentlichen Mei-
 nung, ich habe die meinige. Sie haben Ihre nationalen Inter-
 essen sicherzustellen und zu verteidigen und ich die meinigen. Auf
 den ersten Blick könnten sie manchmal in Widerspruch mit ein-
 ander stehen, aber ich bin sicher, daß durch eine aufrichtige An-
 strengung guten Willens diese Konflikte geregelt werden können
 und daß es möglich sein wird, die vollständigen Mittel zu finden,
 die es Frankreich und Großbritannien gestatten werden, ein
 freundschaftliches Zusammenwirken untereinander aufrecht zu
 erhalten. Wir können offen sein ohne Feindschaft, und die In-
 teressen unserer Länder ohne Feindschaft verteidigen. Auf diese
 Weise wird die Verständigung viel mehr sein als ein Wort und
 Großbritannien und Frankreich können zusammengehen, um den
 Frieden und die Sicherheit Europas aufrecht zu erhalten. Ich
 bitte Sie, die Versicherung meiner ausgezeichneten Beobach-
 tung entgegenzunehmen.“
 Die Antwort Poincaré lautet: „Ich bin sehr gerührt von
 dem lebenswürdigen Brief, mit dem Sie mir die Wiederernte
 Ihres Amtes mitteilen die Güte hatten und in dem Sie mir
 persönlich Ihren Gruß entsenden haben. Ich wünsche von gan-
 zem Herzen, daß Ihre Bemühungen um das größtmögliche
 Wohl Ihres Vaterlandes von Erfolg gekrönt sein möchten. Die
 Wände, die unsere beiden Länder miteinander verknüpfen, sind,
 wie Sie uns ins Gedächtnis rufen, an gemeinsamen Besühungen
 und Opfer geknüpft worden. Die Erinnerung an jene Zeit
 wird, dessen dürfen Sie sicher sein, mir wie keinem Lande un-
 aufrichtig gegenwärtig sein. Damit habe ich bereits ange-
 sprochen, daß auch ich lebhaft bedauere, daß mehrere für unsere
 beiden Länder wichtige Fragen noch nicht geregelt sind. Wie
 Sie, so werde auch ich mein Möglichstes tun, um ein Einver-
 nehmen mit Ihnen zu finden, um sie zu unserem beiderseitigen
 Nutzen zu lösen. Wenn wir beiderseits auf unsere öffentliche
 Meinung Rücksicht nehmen müssen, wenn wir beide unsere na-
 tionalen Interessen zu schützen haben, so habe ich doch das Ver-
 trauen, daß wir, wenn wir, jeder für sich, bei der Regierung der
 etwa auftretenden Fragen mit der Entschiedenheit und dem an-
 ten Willen vorgehen, von dem Sie gesprochen haben, zu Lösun-
 gen gelangen werden, die dazu ansetzen sind, zwischen Groß-
 britannien und Frankreich die Politik, die für unsere beiden
 Länder und für die Freiheit der Welt notwendig ist, aufrecht
 zu erhalten. Mein Vertrauen wird stets dem Frieden entsprochen.
 Und wenn ich die französischen Interessen mit dem gleichen
 Eifer verteidigen werde wie Sie die englischen, so wird nicht-
 destoweniger, dessen dürfen Sie sicher sein, niemals etwas die
 besten Rhythempfindungen beinträchtigen. Es ist nicht un-
 möglich, daß wir, wenn wir beiderseits von derartigen Emp-
 findungen befeuert sind, wir die Entente wieder effektiv gestalten
 und daß es uns gelingt, die Früchte zu gewinnen, die sie tragen
 kann und muß, wenn Europa endlich den Frieden, die Sicher-
 heit und die Freiheit der Welt wiederfinden soll. Empfangen
 Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Beobachtung. (ges.):
 Poincaré.“

Abonnements
 „Enztäler“
 Geschäftsstelle sowie bei den
 abgeholt werden.
 werden, soweit vorrätig, nach-
 liefert.
 ungen für den Monat Februar
 mehr an.

am Freitag des Fußball-Vereins und am Samstag des neuen Engländervereins in Bielefeld. Den Mittelpunkt der Veranstaltung innerhalb des Vereins bildete das vor acht Tagen stattgefundene Konzert mit anschließendem Familienabend, welches durch die Führung des langjährigen und verdienten Chorleiters Widmayer eine besondere Weisheit erhielt. Mit dem Dank an alle, welche sich um den Verein verdient gemacht hatten, schloß der Bericht. Schriftführer Nagel brachte die Protokolle zur Kenntnis der Versammlung. Kassier Kommerl erläuterte den Kassenbericht, der dank der Einnahmen aus dem letzten Konzert mit einem bescheidenen Plus abschloß. Die Kasse war geprüft und in Ordnung befunden, worauf unter Entlassung des Kassiers diesem wie dem Schriftführer für ihre Mithilfe Dank ausgesprochen wurde. Die Statistik weist einen Durchschnittsbesuch der Singstunden von 75 Prozent auf. Zu Beginn der Monatsbesitzung zweiter Vorstand F. Zimmerer der mannigfachen Verdienste von Vorstand Gölmer und Schluß dessen Wiederwahl vor, die einstimmig erfolgte. Von erfreulicher Zustimmung zeugten die folgenden Wahlen des 2. Vorstandes Zimmerer, Schriftführer Nagel und Kassier Kommerl, die ebenfalls einstimmig erfolgten. In geheimer Wahl wurden die leitenden Ausschussmitglieder Galk, Schumacher, Benzler und Hübner wiedergewählt und an Stelle des am 1. Oktober abgelaufenen langjährigen Ausschussmitgliedes Müller Karl Eberhardt in den Ausschuss berufen. Zum Vizepräsidenten wurde Mitglied Benzler und als Kassenbegleiter Emil Dalk und Gottlieb Stengle bestimmt. Die Neuweisung des Zeitraumes zeitigte eine längere Aussprache, bei welcher die verschiedenen Anschauungen vertreten wurden. Schließlich einigte man sich auf einen Vorschlag, der eine Mark sowohl für aktive als passive Mitglieder. Es wurde dabei die Erwartung ausgesprochen, daß in Berücksichtigung der mannigfachen Opfer der aktiven Mitglieder durch Probenbesuch und andere Ausgaben die passiven Mitglieder an Disziplin und Pünktlichkeit für die Pflege des deutschen Liedes nicht zurückbleiben werden. Dabei die passiven Mitglieder dieselben Pflichten wie die aktiven, so auch hinsichtlich der gleichen Rechte, inwiefern sie bei Konzerten für Angehörige kein Eintrittsgeld mehr zu entrichten brauchen. Der Ausschuss wurde ermächtigt, solchen älteren Mitgliedern, die finanziell nicht mehr in der Lage sind, ihren Beitrag auszuführen, denselben nach Prüfung in jedem einzelnen Fall ganz oder teilweise zu erlassen. Auch in diesem Jahre soll wieder ein Festtagesausschlag stattfinden, und zwar am ersten Sonntag im Mai mit dem Festtag Langenals. Das bevor zum ersten Male in Bielefeld stattfindende Gauangereicht des Engländervereins (Ely Mühler), mit welchem ein Preis- und Bewertungswettbewerb verbunden ist, nahm einen breiten Rahmen in den Bestimmungen ein, aus welchen der Wunsch der Sänger ersichtlich war, sich am Wettbewerb zu beteiligen. Chorleiter Widmayer nahm dabei Veranlassung, in längeren Ausführungen sich darüber auszusprechen, was ein derartiges Vorhaben nicht nur für den Chorleiter und den Verein, sondern vor allem für jeden einzelnen Sänger bedeute, welche außerordentliche Arbeit dabei zu leisten sei und welche Hinsicht, Zeitanspruch und vollständiger Probenbesuch von jedem einzelnen Sänger gefordert werden müsse. An den Sängern vor allem liege es, ob der Verein ebenwoll dabei abscheide. Allen in allem gelte es kräftige Arbeit zu leisten. Das Ergebnis der gründlichen Aussprache war der einstimmige Beschluß, sich am Wettbewerb zu beteiligen und den Chorleiter zu beauftragen, geeignete Vorschläge in Bezug auf ein Preisgeld zu machen. Die Anweisung, über Wünsche einen Bericht bei anstehendem nächsten verbändlichen Mitgliederversammlung in Bielefeld zu machen, wurde freudigst begrüßt und beschlossen, denselben zur Ausführung zu bringen und neben der Pflege der Sängerfreundschaft auch die landschaftlichen Kreise der dortigen Umgebung (Vestenberg, Dörschule, Schanzen u. a.) zu genießen. Chorleiter Widmayer nahm nochmals Veranlassung, in bewegten Worten zu danken für die ihm seitens der Sänger erwiesene Ehrung durch Beteiligung des Sängerringes. Es sei dies ein großes Opfer, er nehme es aber an als ein heiliges treuer Sängertum und Andänglichkeit. Was in seinen Kräften liege, werde er tun, um die Sache des deutschen Liedes und des Wiederertrages im besonderen zu fördern. Er wolle sein Glas der Sängerfreundschaft, worauf die Sänger mit einem Glas antworteten. In seinem Schlußwort gab Vorstand Zimmerer der Freunde über den einmütigen und harmonischen Verlauf der von dem deutschen Sängergestir durchwachten Versammlung Ausdruck; er riefte noch beachtenswerte Worte an die Sänger zu treuem Zusammenhalten und bat sie, dafür zu sorgen, daß dem Wiederertrag weitere ältere und junge stimmfähige Mitglieder zugeführt werden, damit er in der Lage sei, mit einer großen Zahl von Sängern auf den Plan zu treten.

Neuenbürg, 5. Febr. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß Nachbesprechungen aus dem „Erntelied“ neuerdings auch nach dem ersten eines Monats bei der Post wieder gemacht werden können, im laufenden Monat bis 20. Februar. Nachbesprechungen für derartige Nachbesprechungen werden, soweit einzelne Nummern nicht begriffen sind, kostenlos ausgeführt.

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Leon Schüding.

Die Verfolgung während dieses Kampfs hatten aber die injungsten Bauern übernommen. Einzelne Angriffe des empörtten Landvolkes hatten die republikanische Armee bereits auf der ganzen Rückzugslinie von Amberg her beunruhigt; schlimmer war es geworden am Abend und in der Nacht nach der Schlacht vom 1. September, auf dem Wege bis zum Mainübergang bei Heidenfeld; als aber die Franzosen im ersten Morgenstunden den Speffart betreten, fanden sie eine kleine Besatzung. Hier wurde der Kampf ein fortwährendes Kämpfen. Die Bauern griffen an zahlreichen Stellen zugleich die wie eine lange Schlange viele Stunden weit sich hinziehenden Scharen an. Von den Berggipfeln herab, hinter Eichen- und Buchenstämmen her knatterte das Feuer in die Bataillone und löste die letzte Ordnung, die sie zusammengeschlossen, auf; gegen die verwirrten Massen gingen ganze Haufen Bauern mit geschwungenen Piken und Bajonetts vor; vor dem wuchtigen Angriff mit dem Bajonetts, vor dem Kottentener stoßen sie zurück, die schützenden Waldhöhen hinauf; bald darauf aber begannen sie dasselbe Spiel von neuem, bis die Kampfslust zur wilden Wut wurde, bis selbst die Karzistenschiedlungen, womit der Feind sie begriffte, ihre Schreden für sie verlor und sie nur für wenige Augenblicke auseinandergeprengt in ihre verdeckten Stellungen trafen.

In einzelnen Stellen war die Lage des zerschlagenen Heeres verzweiflungsvoll. Während es sonst im Weiterziehen kämpfte und sich keiner Haut wehrte und rechts und links mit zahlreichem Toten seinen Weg bezeichnete und nur immer hastiger durcheinanderwogte, hauchte sich an diesen einzelnen Stellen die Fint der Zurückgebliebenen vor einem Hindernisse auf, das, wie

Württemberg.

Stuttgart, 2. Febr. (Meldung zum Eintritt ins Heer) Oft kommt es vor, daß junge Leute, die ins Heer eintreten wollen, teilweise von weither zureisen und sich ohne vorherige Anfrage beim Truppendienst melden, vielfach ohne im Besitz der nötigen Papiere zu sein. Solche Leute können nicht eingestellt werden. Zur Vermeidung von Zeitverlust und unnötigen Ausgaben zur Eisenbahnfahrt usw. wird daher den Einstellungswilligen dringend empfohlen, sich zunächst schriftlich unter Vorlegung der erforderlichen Papiere an den Truppendienst zu wenden und Bescheid abzuwarten. Diese Papiere bestehen aus einem Geburtszeugnis, polizeilichem Kennzeichnungszeugnis mit polizeilich getempelem Bildnis, Zeugnisse der Arbeitgeber bzw. der Schule, evtl. Militärpapiere und der amtlich beglaubigten Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, wenn es sich um Minderjährige handelt.

Stuttgart, 4. Febr. (Personalabteilung) Im Geschäftsbereich der Oberpostdirektion Stuttgart sind 14 mittlere Beamte und 3 Beamtinnen in den Ruhestand getreten. Unter den letzteren befindet sich Oberpostinspektor Ley, der viele Jahre an der Poststelle des Postamts 1 in Stuttgart tätig war, ein Mann aus der alten Schule, der sich nicht nur durch große Pünktlichkeit und Tüchtigkeit, sondern im Verkehr mit der Geschäftswelt auch durch Liebenswürdigkeit und Gefälligkeit auszeichnete, Eigenschaften, die bei Verkehrsbeamten besonders hoch anzuschlagen sind.

Stuttgart, 4. Febr. (Wegen die Zwangsversteigerung der Milch.) Die vier abgetrennten Hauptvereinigungen der württ. Milchproduzenten-Vereinigung hat in einer Entschließung die Aufhebung der noch bestehenden Zwangsverordnungen in der Milchwirtschaft verlangt. Sie sieht einen Rückgang von 5 Proz. pro Liter für die Behandlung der bei den Sammelstellen angefertigten Milch als berechtigt an und verlangt Einstellung der Strafverfolgungen wegen angeblicher Preisüberschreitung zur Zeit der Geldentwertung.

Stuttgart, 4. Febr. (Aufhebung der Bauhoffbewirtschaftung.) Die Bestimmungen, die hinsichtlich der Bauhoffbewirtschaftung in Württemberg noch in Geltung waren (s. B. über das Erfordernis einer besonderen Dandelslaubnis) sind nunmehr aufgehoben worden. Die Landesbauernvereinsstelle hat ihre Tätigkeit eingestellt.

Stuttgart, 3. Febr. (Bestimmungen.) Eine gemeinderätliche Kommission war in Stuttgart, um mit den maßgebenden Stellen über den Ankauf der Saline zu unterhandeln. Die Unterhandlungen waren von Erfolg begleitet und die Saline geht mit sämtlichen Gebäuden, Wasserkraft und Areal um die Kaufsumme von 170 000 Mark in den Besitz der Stadtgemeinde über.

Stuttgart, 4. Febr. (Der Plan einer Festhalle.) In hiesigen Vereinstreffen wird zur Zeit der Plan des Bau einer Festhalle erwogen, doch kann selbstverständlich noch nicht gesagt werden, ob dieser Plan Aussicht auf Verwirklichung hat. Es wird dabei auch an eine namhafte Beteiligung der Stadt gedacht.

Stuttgart, 4. Febr. (Entlassung.) Ein hiesiger Beamter wollte dieser Tage ein Fass mit Saft anheben. Als er eine Kratze machte, mußte er feststellen, daß der Saft ausgelesen und das Fass mit Wasser vollständig ausgefüllt war. Das Fass enthielt 75 Liter Saft.

Stuttgart, 4. Febr. (Von der Maschine gefahren.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich bei der Ausfahrt eines nach Lindau abgehenden Personenzugs. Kurz vor dem Hauptbahnhof signalisierte sich der auf der zweiten Weichstraße stehende Decker Josef Müller, vermutlich in der Annahme, daß an dieser Stelle nicht in Ordnung sei, so weit hinaus, daß er vom Signalposten entfernt und von der Maschine gefahren wurde, so daß er auf der Stelle tot war. Der Unfall war nicht einmal vom Lokomotivführer bemerkt worden. Dem Verunglückten wurde ein Arm vollständig beraubt. Er fiel von dem in voller Fahrt befindlichen Zuge und trug so schwere Verletzungen davon, daß der Tod augenblicklich eingetreten sein muß. Ein langjähriges Loch in der Schildecke, das tief ins Gehirn reichte, hat sofort tödlich gewirkt.

Baden.

Stuttgart, 4. Febr. (Nach über zehnmonatlicher Unterbrechung) nahm heute früh die Straßenbahn den Betrieb wieder auf.

Karlsruhe, 2. Febr. Auf einem bösen Wege wandelt der Verleumdungsbeamte Richard Homberg aus Durach, der erst 24 Jahre alt ist, aber schon verschiedene Verbrechen verübt hat und sich nun wegen Münzverbrechens verantworten mußte. Homberg hatte einen Geldschein der Reichsbank mit einem Handstempel, den er sich eigens dazu gekauft hatte, auf 50 Millionen „aufgeblasen“. Mit diesem Schein versuchte er in verschiedenen Geschäften in Bruchsal einzukaufen, da aber die Fälschung sehr ungeschickt war, wurde der falsche Schein nirgends angenommen. Homberg wurde verhaftet und leugnete anfangs hartnäckig, so daß er fast vier Monate in Untersuchungshaft lag, bis der Betrug völlig geklärt war und er sich zu einem Geständnis bequimte. Nebenbei klopft gegen ihn noch eine Untersuchung wegen Diebstahls eines Amerikanerbriefes. Das

ein Dsch in einem Strome die Gemüser, ihre Massen aufteilt und sie dichter und dichter sich zusammen, und wird durcheinanderdrängen ließ. Wo die Heerstraße durch einen engen Talpaß zog, waren aus gefällten Baumstämmen hohe und furchtbare Berge aufgeschichtet, hinter denen her die Büchsen- und Flintenfeuer in die aufgestellten Bataillone schlugen; sie mußten erst genommen, erkümmert, durch Artillerie mit Ballkugeln zusammengeschoßen werden, bevor es möglich war, vorwärts und aus diesen höllischen Dörfen herauszukommen.

Einer der schlimmsten Pässe lag hinter dem Dorf Bilsbrunn. Zwei enge kleine Seitentäler mündeten hier von beiden Seiten auf die Heerstraße, und diese Seitentäler waren für die Kämpfenden wie gemacht, sich verdeckt in ihnen aufzustellen, aus ihnen hervorzudringen und sich in sie hinein und an den Bergwänden aufwärts zu klettern, wenn eine geschlossene Truppe im Sturmschritt gegen sie anrückte. Der Weichkopf, der Waldmeister, den wir von Weidlich nennen hörten, besetzte hier etwa zweihundert verdeckte wohlbesetzte Bauern. Sie waren eben auseinandergeprengt worden und sammelten sich wieder um eine jener Klüften, die heute noch der Stolz des Speffarts sind; sie lauschte etwa in Manneshöhe über der Sohle des Seitentals, und der Waldmeister sah unter ihr, damit beschäftigt, einen neuen Stein auf seine Büchse zu schrauben.

„Ein gleich fertig, ihr Mannen!“, sagte er zu den schwer atmenden und leuchtend herankommenden Leuten. „Stellt einen Posten vorn auf die Berggasse, der uns wahrhaftig, wenn ein neuer Trupp kommt; so lang wollen wir uns ein wenig Ruhe gönnen. Du, Rag, du machst mir auch nicht mehr weis, daß du kein Widerer bist; hab's wohl gesehen, wie du immer aufs Weis triffst. Wie viel Stüd Wild hast mir im letzten Winter aus dem Revier weggeschossen, du?“

„Ach, Waldmeister“, antwortete ein blauer, blauer Junger

Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis, wovon nur 1 Monat Untersuchungshaft in Abzug kommt.

Freiburg, 1. Febr. In Freiburg ist eine Interessenvertretung in Bildung begriffen, die im Hinblick auf die drohenden Verluste aller Sparkassenguthaben die Ansprüche der Sparkassensmitglieder vor Gericht verfochten will. Wie groß die drohenden Verluste sind, geht daraus hervor, daß im Jahre 1922 auf der Freiburger Sparkasse nicht weniger als 69 300 Mitglieder aus Stadt und Land befanden, die zusammen 727 Millionen eingelegt hatten, eine Summe, die 1922 noch sehr bedeutend war. Man hofft, daß die Stadt das Geld aus ihrem umfangreichen Waldbesitz ersetzen werde.

Freiburg, 5. Waldbesitz, 3. Febr. In eine furchtbare Lage kam die Witwe Kappel. Sie fiel vom Herboden, konnte sich aber noch eine Zeit lang an einem Bretter festhalten. Da auf ihre Hüfte niemand kam, verließ sie die Kraft und die Frau machte sich in die Tiefe hinunterfallen lassen, wo sie mit schweren Verletzungen aufgefunden wurde.

Oberkirch, 4. Febr. Der 37 Jahre alte Landwirt Gottlieb Weiser ging abends noch einmal in seine Mühle, da sich dort einige Lager gelockert hatten. Durch das lange Ausbleiben herunterab, ging seine Frau ihm nach und fand ihn im Getriebe hängend vor. Er war von einem Kommtat erfasst und erdrückt worden. Wiederbelebungsvorläufe blieben erfolglos.

Konstanz, 4. Febr. Das dreijährige Töchterchen des hiesigen Oberleutnants Otto fiel in der Garnisonstr. aus dem vierten Stockwerk und war sofort tot.

Konstanz, 1. Febr. Der 17jährige Sohn des Vorstandes der Station Reichenau ist von einer Schiffschiffahrt auf dem Untersee nicht mehr zurückgekehrt und allem Anschein nach in der Dunkelheit in eine offene Stelle geraten und ertrunken. Die Polizei hat hier einen Brief erhalten, der die mehrfachen Einbruchsdiebstähle im Schloß Birglen bei Randern ausgeführt hat. Ein ganzes Lager gestohlener Gegenstände wurde bei ihm aufgefunden.

Mannheim, 3. Febr. Ein Fortkrieger im größten Stiel wurde am 16. und 17. Oktober im Kästler und Rheinener Wald verhaftet. Durch die Wälderungen in Mannheim hatten auch Leute auf dem Lande geplündert, ihre Zeit feierlich. Im Kästler Wald wurde von dritten Schutzeuten eine ganze Kolonne von Bogen aus Waldstadt überführt, die 100 Stämme Forsten weggeschleppt. Wegen dieses Raubzuges verurteilte die Strafkammer 18 Einwohner von Waldstadt zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Monaten.

Vermischtes.

Das unästhetische Innsbrucker Stadttheater und der moralische Verfall. Der Tiroler Landtag hatte sich mit einem Antrag zu befassen, der darauf hinzielte, die dem Stadttheater Innsbruck zugebilligte jährliche Subvention von 24 Millionen Kronen, etwa 1300 Mark, solange zu entziehen, bis die Direktion wieder stichlich einmündige Stücke aufzuführen. In der Debatte hörte man, daß man in Innsbruck die Schaufühne neuerdings allgemein eine „Saubühne“ nenne; denn die Direktion führe an den meisten Abenden der Woche laizne Stücke auf. Demgegenüber wurde betont, daß die Direktion mit jährlich 24 Millionen Kronen Subvention nicht auskommen könne und daher geäußert sei, dem Gesandten des Bundes entgegenzukommen; die letzten Stücke seien Pöbel und moderne Operetten, wie sie übrigens auf dem Spielplan fast aller Theater zu finden seien. Trotzdem beschloß der Landtag, dem Stadttheater in Innsbruck die Subvention zu entziehen.

Seltener Werdegang eines Universitätsprofessors. Vor 15 Jahren promovierte an der Universität Berlin der junge Germanist Hans Daln zum Dr. phil.; kurze Zeit darnach erhielt er von der Berliner Akademie einen Preis für eine literarische Arbeit. Von Berlin aus zog er sich nach Wien; hier erhielt er von österreichischen Unterrichtsministerium ein Stipendium, mit dessen Hilfe er in Parisland die Literatur der einzelnen russischen Völkergeschichten studieren wollte. Als der Krieg ausbrach, wurde es ihm — wie österreichische Blätter berichten — an Verwendung des Präsidenten der russischen Akademie der Wissenschaften, des Großfürsten Konstantin, freigestellt, sich eine Universitätsstadt auszusuchen, in der er sich auf Kriegsdauer aufhalten sollte. Er wählte die Universität Kasan und lebte von der russischen Akademie der Wissenschaften mit Stipendien unterstützt, in Kasan seinen Studien, bis er unter der Beschuldigung der Spionage verhaftet wurde. Er wurde für drei Jahre nach Sibirien, und zwar in die Universitätsstadt Irkutsk verbannt. In Irkutsk habilitierte er sich als Privatdozent für deutsche Literatur und wurde ein Jahr später zum Professor für russische Literatur ernannt. Augenblicklich hält er sich auf einer Urlaubsbereise in Wien auf.

Das Skelett des Deleters. Wie aus Neapel gemeldet wird, wurde in einer der Lauffriedhöfen der Umgebung ein Skelett gefunden, das vollständig mit einer Uniform besetzt war. Es scheint sich um die Leiche eines der Deleters zu handeln, die während des Krieges in großer Zahl in Irkutsk in jenen Höhlen suchten. Neben dem Skelett wurde ein Revolver gefunden, und man nimmt an, daß es hier in den Höhlen der Mörder der Mörderlichen zwischen zweien von ihnen zu einem Streit gekommen ist, in der dann der eine den andern erschossen hat.

Berichte im Mittel, „denk Ihr denn heut noch daran? Ich mein, die Herren machen uns aus für das, was wir heut ausrichten, all zu Waldmeister und geben's Wild frei.“

Die Männer umher lachen.

„Wär schon recht“, rief ein kleiner Mann mit einer Halskette, der sich eben müde ins Ross niedersetzte und die alte Doppellinie aufrecht zwischen den Beinen hielt, „wär schon recht, Rag; aber daraus wird nichts, laßt mir's glauben. Das Wild, als da sind die Säuen, die Spießer, die Bök und die Rehgeißeln, das ist die eine Sorte von denen, die den Bauer ruinieren, und die andere Sorte, das sind die Herren, die Schöffer, die Domherren, die Kavaliere, denen's Wild gehört. Hätte der Bauer nur Verstand, daß er sich die eine Sorte mit dem Blastoer vom Leibe halten dürst, 's Damm' gar leichtlich sein, daß er's auch mit der andern versuche, und darum — na, allemal laßt dir's schon selbst ausrechnen.“

„Ja geb' aber nachher meine Flinte doch nicht wieder heraus!“ rief der Rag trocken. „Will jeden, wer kommt und her mir abholt!“

„Na, na, na“, fiel hier ein Pötker, untersehter Mann mit einem runden, roten, aber hart von Blatternarben zerfetzten Gesicht ein, aus dem keine verämsigte Augen hervorspringten. „Hör ja gar ein verwegener Bursch, Rag. So zu reden, wo der Herr Waldmeister dabei ist! Solchen Leuten wie dir bist' man das Blastoer gar nicht in die Hände geben lassen. Es ist ohnehin ein Jammer, daß man das arme Franzosenlohn damit so drangsalieren muß. Man meint, die Eingeweide müßten einem im Leibe herumdrücken, wenn man's ansieht. In meinem Ort dabeim bist' ich ein Seeger für ihre armen Seelen, für all die armen Teufel, die heut dran glauben müssen.“

(Fortsetzung folgt.)

Hand.

Stuttgart, 4. Febr. Effektenbörse trat eine Tendenz war fest bei. Freiverkehr zeigte sich. Notenz. pl. 5 (80), B. Bes. pl. 4 (40), D. u. Sch. pl. 3,5 (24), Badenheim minus 4, Verein. Del. plus 4, Württ. Kattun pl. 5.

Stuttgart, 4. Febr. der Nachrichten vom wozu die Liefer- letzter Zeit nach D. stellt ist, hat sich d. Mehlmarkt plötzlich etwas höher, die Käu- da auch im allgem. herrscht. Es notierten 31. Januar 18—18,5 (17,5), Roggen 16,5— bis 12), Weizenmehl 27,5—28 (26,5—27), 7,75—8,25 (7,75—8), Stroh 5,5—6 Mark (5 Mehlpreiseshöh ihren Weizenmehl: ein Doppelpentner erhöht. Mehlaustrichverbot an damit die starke Beli- durch die elsaß-lothring. Nachfrage nach südde. Schweinemäkte.

117 Milchschweine um ein Milchschwein betru bis 45 Mark. Der alles verkauft. — In ausgeführt. Verkauf bis 21 Mark das St. 497 Milch- und 5 L. Milchschweine von 10 35 Mark pro Stüd. Käufers u. betrug schweine. Verkauf n zu 34 bis 48 Mark. In Nürtingen a Mark für ein Milch- Ulm waren 150 M Milchschweine galten Stüd. — In Ellw und 5 Läuferchweine 30—50 M. Käufer. Der Handel war flau.

Mannheim, 4. Febr. den letzten zwei Tage war, nahm die heutige und die Käufer zeigten Weizen Inland 18—16,50, Gerste 18,25—Goldmark. Alles per mittel lagen ebenfalls die Forderungen auf Holzsteine 12—12,50 frei Mannheim. Für Röhren 29, die zwei bzw. 24 Goldmark p.

Neu.

Rain, 4. Febr. vom 1. Februar sozialdemokratischer hebung der Verordn- durch welche die Arbe auf 53 1/2 Stunden in

Rain, 4. Febr. 8. Januar unter Vor die Arbeitszeit im Schiedspruch für Ver- stimmungen des Schi- der 10 stündigen Ar- wehrarbeit. Festsetz- 8 stündige Schicht auf löhn für die 10 stündi- betragt.

Düsseldorf, 4. Febr. haben die Arbeiter die Kund 1000 Mann ha- nommen. Auch in an- der aufgenommen. E- bereits 3000 Mann, falls zusammengebro- kürzlich für 70 Büro- werden konnten, das hatte, fordert sie neue 140 Wohnungen von

Eberfeld, 5. Febr. und der elektrischen S die Arbeit wieder auf Bergischen Kleinbahn- gegen haben die Geme- feld gestern beschloßen Schiedspruch abzuwar

Berlin, 4. Jan. Gemisch-pharmazeutis- Diäthyl-Norprium, Japan bestimmt ware Der Einbruch, der of- schweren Giftes abziel

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 4. Febr. (Vorsichtsbericht.) An der heutigen Effektenbörse trat eine etwas größere Kaufkraft zu Tage. Die Tendenz war fest bei mäßig gestiegenen Kursen. Auch im Freiverkehr zeigte sich eine Belebung des Geschäftes. Württ. Notend. pl. 5 (80), Brauerei Eßlingen pl. 3 (18), Beemend. Besig. pl. 4 (40), Hohner Trostingen pl. 5,5 (45,5), Kolb u. Schüle pl. 3,5 (24), Salz Heilbr. min. 4,5 (81,5), Sekt Wachenheim minus 4 (22), Spinnerei Pforsee plus 3 (36), Verein. Del. plus 4 (50), Spinnerei Eßlingen plus 6 (58), Württ. Kattun pl. 5 (105), Württ. Leinen pl. 6 (61).

Stuttgart, 4. Jan. (Landesproduktionsbörse.) Infolge der Nachrichten vom Verbot der Mehlausfuhr Frankreichs, wodurch die Lieferung großer Quantitäten von Mehl, das in letzter Zeit nach Deutschland verkauft wurde, in Frage gestellt ist, hat sich die Stimmung auf dem Getreide- und Mehlmarkt plötzlich fester gestaltet. Die Forderungen sind etwas höher, die Käufer verhalten sich aber zurückhaltend, da auch im allgemeinen großer Mangel an Geldmitteln herrscht. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 18,5—19 (am 31. Januar 18—18,5), Sommergerste 17—17,5 (16,5 bis 17,5), Roggen 16,5—17 (16—16,5), Hafer 12—12,5 (11,5 bis 12), Weizenmehl Nr. 0 30—31 (29—30), Brotmehl 27,5—28 (26,5—27), Kleie 8—8,5 (7,75—8), Weizenheu 7,75—8,25 (7,75—8,25), Aleeheu 8,75—9,75 (unverändert), Stroh 5,5—6 Mark (um).

Mehlpreiserhöhung. Die süddeutschen Mühlen haben ihren Weizenmehlpreis Spezial 0 von 28 auf 29 Mark je Doppelzentner erhöht. Die Preiserhöhung steht mit dem Mehlausfuhrverbot aus Frankreich im Zusammenhang, da damit die starke Belieferung des süddeutschen Mehlmarktes durch die elsaß-lothringischen Mühlen aufhört und eine rege Nachfrage nach süddeutschem Mehl eingetreten ist.

Schweinemärkte. Dem Markt in Balingen wurden 117 Milchschweine und 6 Läufer zugeführt. Der Preis für ein Milchschwein betrug 10—30, für ein Läufer 39 bis 45 Mark. Der Handel war schleppend, doch wurde alles verkauft. — In Gaildorf waren 57 Milchschweine zugeführt. Verkauf wurden 36 Stück zum Preise von 15 bis 21 Mark das Stück. — In Hall betrug die Zufuhr 497 Milch- und 5 Läufer. Verkauf wurden 400 Milchschweine von 10—20 Mark und 4 Läufer von 25 bis 35 Mark pro Stück. Der Handel war schleppend. — In Künzelsau betrug die Zufuhr 240 Milch- und 2 Läufer. Verkauf wurden 120 Milchschweine, das Paar zu 34 bis 48 Mark. Die Preise gingen erheblich zurück. — In Nürtingen wurde für ein Läufer 40—80 Mark, für ein Milchschwein 10—24 Mark bezahlt. — In Ulm waren 150 Milch- und 8 Läufer zugeführt. Milchschweine galten 13—18, Läufer 35—50 Mark das Stück. — In Ellwangen betrug die Zufuhr: 62 Saug- und 5 Läufer. Preise für Saugschweine pro Paar 30—50 Mk., Läufer mit 130 Pfund pro Paar 77 Mark. Der Handel war flau.

Mannheim, 4. Febr. (Produktionsbörse.) Während in den letzten zwei Tagen der vorigen Woche die Kaufkraft reger war, nahm die heutige Börse wieder einen ruhigen Verlauf, und die Käufer zeigten sich abwartend. Man notierte für Weizen Inland 18—19, Ausland 20—21, Roggen Ausland 16,50, Gerste 18,25—19, Hafer 13—13,50, Mais 18—18,25 Goldmark. Alles per 100 Kg. bahnfrei Mannheim. Futtermittel lagen ebenfalls ruhig. Für Weizenkleie stellten sich die Forderungen auf 8,75—8,80, Viertreber 12—12,50, Malzkeime 12—12,50 Goldmark. Alles per 100 Kg. bahnfrei Mannheim. Für Weizenmehl Basis 0 verlangen unsere Mühlen 29, die zweite Hand 28, und für Roggenmehl 24,50 bzw. 24 Goldmark per 100 Kg. bahnfrei Mannheim.

Neueste Nachrichten.

Rain, 4. Februar. In der Stadtverordneten-Sitzung vom 1. Februar wurde nach lebhafter Debatte ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Aufhebung der Verordnung des Oberbürgermeisters verlangt, durch welche die Arbeitszeit der Beamten von 48 Stunden auf 53 1/2 Stunden in der Woche erhöht worden war.

Albi, 4. Febr. Der Reichsarbeitsminister hat den am 8. Januar unter Vorsitz des Reichslandwirtschaftsministers über die Arbeitszeit im rheinischen Braunkohlenbergbau gefällten Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Die wichtigsten Bestimmungen des Schiedsspruches waren: Wiedereinführung der 10 stündigen Arbeitszeit, Bezahlung der 2 stündigen Mehrarbeit, Festsetzung des Durchschnittslohnes für die 8 stündige Schicht auf 4,20 Mark, sodas also der Schichtlohn für die 10 stündige Arbeitszeit im Durchschnitt 5,25 Mark beträgt.

Düsseldorf, 4. Febr. In den Mannesmannwalzwerken haben die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit erzwungen. Rund 1000 Mann haben die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Auch in anderen Betrieben wird die Arbeit wieder aufgenommen. Bei der Rheinmetall-Gesellschaft arbeiten bereits 3000 Mann. In Venroth ist der Generalstreik ebenfalls zusammengebrochen. — Nachdem die Befehlsbehörde kürzlich für 70 Büroräume, die nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, das hiesige Gerichtsgebäude beschlagnahmt hatte, fordert sie neuerdings 120 Wohnungen von 1—2 und 140 Wohnungen von 4—5 Zimmern.

Eberfeld, 5. Febr. Die Angestellten der Schwefelbahn und der elektrischen Straßenbahn haben gestern bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen, ebenso die Angestellten der Bergischen Kleinbahnen für den inneren Stadtverkehr. Dagegen haben die Gemeindefunktionäre von Barmen und Eberfeld gestern beschlossen, im Streik zu verharren und den Schiedsspruch abzuwarten.

Berlin, 4. Jan. Von dem Vagerraum einer hiesigen chemisch-pharmazeutischen Fabrik wurden 85 Kilogramm Dicyethylmorphium, die zur Ausfuhr nach China und Japan bestimmt waren, von unbekanntem Täter gestohlen. Der Einbruch, der offenbar nur auf die Erlangung dieses schweren Giftes abzielte, wurde nach den bisherigen Fest-

stellungen am Samstag nachmittag ausgeführt. — Auf dem gestrigen Bezirksparlament der mittel- und ober-schlesischen Sozialdemokraten in Breslau wurde Reichstagspräsident Loebe einstimmig wieder als Spitzenkandidat des Wahlkreises Breslau für die kommende Reichstagswahl aufgestellt.

London, 4. Febr. Ramsay MacDonald, der als erster Lord des Schatzes und als Außenminister 10000 Pfund Sterling Gehalt bezieht, beschloß, auf die Hälfte zu verzichten. Lord Baldwin verzichtete auf 10000 Pfund Sterling, die ihm als Vorkanzler zukommen. Auch mehrere andere Minister dürften auf einen Teil ihrer Einnahmen verzichten. — Aus dem Briefwechsel zwischen MacDonald und Poincaré geht hervor, daß die beiden Männer entschlossen sind, die Entente als aktive Kraft in der europäischen Diplomatie aufrechtzuerhalten.

Wrocław, 5. Febr. Das Militärgericht in Tschita verurteilte den General der Reichsarmee Reppelstein und 20 Mitangeklagte zum Tode durch Erschießen, 7 weitere Angeklagte zu Gefängnisstrafen.

Athen, 4. Febr. Die Letzte haben Benizelos angezogen, sich von den Staatsgeschäften zurückzuziehen. Der Justizminister Kofendaris ist zum neuen Ministerpräsidenten ernannt worden.

Washington, 5. Febr. Sämtliche öffentlichen Gebäude der Vereinigten Staaten haben dasbmal geschlossen. Tag und Ort der Beisetzung Wilsons sind noch nicht bestimmt, doch wird die Beisetzung wahrscheinlich vorübergehend in Washington aufgeschoben und dann zu einem Nationaldenkmal übergeführt werden, das zum Gedächtnis des Präsidenten errichtet werden soll.

Württemberg und das Postfinanzgesetz.

In dem neuen Postfinanzgesetz, dem das Reichskabinett bereits seine Zustimmung erteilt hat, soll auch die Beteiligung der Länder an dem Eigentum und an den Ueberweisungen der Postverwaltung neu geregelt werden. Endgültige Vereinbarungen hierüber sind jedoch noch nicht getroffen. Der Staatsvertrag, der seinerseits zwischen der Reichspost und der württ. und baderschen Regierung abgeschlossen worden ist, soll aufrechterhalten bleiben. Aus diesem Vertrag hat Württemberg einen Anspruch auf 50 Millionen Mark, Bayern einen solchen von 60 Millionen für die Ueberlassung der Postbetriebe an das Reich. Es wird nun in weiteren Verhandlungen, so wird in der Begründung bemerkt, mit den Regierungen dieser beiden Länder festzustellen sein, welchen Goldwert die genannten Entschädigungsforderungen, die im Jahr 1929 festgesetzt wurden, heute darstellen. Die Reichspostverwaltung rechnet damit, daß man sich auf einen Betrag von etwa 100 Millionen Goldmark einigen werde. Da die Reichspost zur Aufbeziehung einer solchen Summe an die Länder nicht in der Lage ist, wird erwogen, sie durch Entzerrung eines Anteils an dem in ihren Betrieben vorhandenen Vermögen der Reichspost abzugeben, und zwar ist daran gedacht, ihnen ein etwa achtzigprozentiges Anteilsverhältnis einzuräumen, was auch eine entsprechende Gewinnbeteiligung zur Folge hätte. Endgültige Vereinbarungen mit Württemberg und Bayern sind darüber aber noch nicht getroffen. Das Postfinanzgesetz sieht die Möglichkeit neuer Verhandlungen vor, indem es dem Reichspostminister eine allseitige Entzerrung eines Anteils an dem Vermögen freigibt.

Minister Holz zur Lage.

Köln, 4. Febr. In einer sehr gut besuchten Plenarversammlung sprach Minister Holz über die Lage. Er geht heute vor allem den inneren Zuständen, der von den Parteien so auf die Spitze getriebenen Frage, das Volk wiederholt direkt vor dem inneren Zusammenbruch zu stand, das in dem ganzen Lande sei der Verlust des Friedens, die Torheit der Revolution und die Meinung, die nach der Revolution bestand, daß das Volk besser leben könne und weniger zu arbeiten brauche als früher. Das Schlimmste war, aus diesen Unsicherheiten die Forderungen zu ziehen und durch Arbeit, Fleiß und Sparsamkeit das Uebel zu mildern. Es sei falsch, wenn man sage, im Hinblick auf die große Zahl der Erwerbslosen und der Kargarbeiter dürfe keine Mehrarbeit gefordert werden. Ohne Mehrarbeit gebe es keine Verbilligung der Waren. Hebrigkeit setzen sich die wirtschaftlichen Notwendigkeiten von selbst durch. Bei allen berechtigten Klagen der Bauern über die Zwangs- wirtschaft dürfe man nicht vergessen, daß die Zeiten während der Zwangswirtschaft besser waren, als die vor dem Krieg und jetzt. In hohe Steuern dürfe man den Bauern nicht aufzwingen und man müsse ihn auch vor der freien Konkurrenz schützen. Renteinstand, Handel und Gewerbe befinden sich in großer Notlage. Der Wahn in der Wohnungswirtschaft sei nur allmählich möglich. Die Regierung werde sich in den nächsten Wochen bemühen, den Baumarkt zu beleben. Der Beamtenabbau erfolge überflüssig, sei aber notwendig. Die Beamten seien nicht freizupropägen, die in der Revolutionssituation immer Forderungen an den Staat stellten, bis das Maß voll war. Mit den Steuern sei man noch lange nicht am Ende. Es werde eine Eichenverteilung kommen, die alles fröhlicher in den Städten stelle. Die Hauptursache alles Elends sei die außenpolitische Lage. Frankreich sei der Verbrecher, der ganz Europa ins Elend wirze. Der Gedanke der Wehrhaftigkeit muß in deutschen Köpfen fortleben. Die Ausführungen des Ministers fanden lebhaften Beifall.

Ein guter Jang.

Karlruhe, 4. Febr. Durch Beamte der Kriminalpolizei konnten in Karlsruhe zwei gefährliche Einbrecher verhaftet werden. Es sind dies der 2 Jahre alte Händler Störcher aus Gaildorf und der 23jährige Hilfsarbeiter Josef Knies aus Dorn. Die in Stuttgart und Umgebung mehrere Einbrüche verübten und dabei Stoffe, sowie ein Auto und zwei Motorräder entwendeten. In Karlsruhe verurteilten sie eines der beiden Motorräder an einen Karlsruhe'ischen Geschäftsmann. Einige Tage darauf stahlen sie diesem das Rad durch Einbruch müder und verkauften es zum zweiten Male. Störcher und ein Komplex Wagner, die in Stuttgart ein Sechshundert-Tausend entwendeten, wollten dieses in Fulda verkaufen, wobei der sich zur Wehr setzende Wagner von Polizeibeamten erschossen wurde, während Störcher flüchten konnte. Von den gefangenen Störcher konnte unter Mithilfe von Stuttgarter Kriminalbeamten ein größerer Teil wieder beschlagnahmt werden.

Separatisten-Terror nach wie vor.

Birmensdorf, 4. Febr. Die chaotischen Zustände, die hier infolge der bereits gemeldeten Verhaftung und Verschleppung der städtischen Polizeibeamten herrschen, haben sich ernstlich dadurch verschärft, daß die städtischen Beamten an der ordnungsmäßigen Geschäftsführung behindert sind und keine Erwerbslosenunterstützung mehr ausbezahlt werden kann. Das Durcheinander hat jetzt seinen Höhepunkt erreicht. Die Erwerbslosen und Gefangene mit roten Armbanden haben unter Führung von Separatisten, die ebenfalls rote Armbanden tragen, das Stadtbüro besetzt. Die noch nicht ausgewählten Stadtratsmitglieder wurden in das Rathaus verschleppt, dort zwölf Stunden festgehalten und mit schweren Zwangsmitteln bedroht, wenn sie nicht die sofortige Auszahlung der Unterstützungen anordnen würden. Da die Stadträte nicht beidhändig waren und Geld zur Auszahlung nicht zur Verfügung stand, wurden die Beamten auf ihren Protest hin wieder entlassen. Der französische Bezirksdelegierte hat auf ihre Vorstellungen hin erklärt, er sei bei der geringen Bezahlung von 30 Mann solchen Zuständen ge-

genüber machtlos. (1) — Inzwischen haben die Separatisten auch in Gollheim und Mannheim die Separatistenbewegungen entworfen und verbreitet, so daß wir dort und ähnliche reaktionäre Verhältnisse haben werden wie in Birmensdorf. — In Rainz wurde das gestern abend von den Separatisten geräumte Kreiskant in späterer Nacht von Anhängern der sogenannten Regierung der autonomen Pfalz wieder besetzt. — Der zu einer Geldstrafe von 10000 Goldmark verurteilte württembergische Landwirt Proger ist am Samstag von den Separatisten verhaftet worden und wurde nach dem Bezirksamt verbracht. Aus diesem Grunde veranstalteten die Einwohner von Rodenhausen eine Demonstration vor dem Bezirksgebäude. Der französische Delegierte hat daraufhin über die Erschaffung Rodenhausens die Nachberräte verhängt und eine Abteilung Marokkaner in den Ort gelegt. — Diese neuen Vorformnisse zeigen, daß sich seit der Abreise des englischen Generalkonsuls Gibe die Verhältnisse in der Pfalz aber noch verschlechtert haben und die Franzosen den Willkürherrscher der Separatisten ruhig zusehen, wie sie es bisher zu tun gewöhnt waren.

Wieder ein Deutschenmord.

Syrer, 4. Febr. Gestern nachmittag 3 Uhr wurde in der Gassestraße in Syer der aus dem besetzten Gebiet zurückgewiesene Emil Herberich von den Separatisten ermordet, verfolgt und auf der Flucht erschossen.

Die württembergische Bauernschaft wendet sich in einer Erklärung gegen die Darstellung des „Dail Telegraph“ über den Einbruch der württembergischen Bauernschaft durch Generalconsul Gibe, die ein unrichtiges Bild über die Haltung der freien Bauernschaft gibt. Die Erklärung betont, daß die der französischen Regierung der Vorherrschaft der freien Bauernschaft im Namen dieser Organisation und des württembergischen Bauernbundes die separatistische Bewegung mit aller Entschiedenheit ablehnt.

Ein deutscher Pfalz-Tag.

Berlin, 4. Febr. Aus den verschiedensten Volksschichten wurde in allen Teilen des Reiches in der letzten Zeit vielfach gefordert, der unauflösbaren Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme mit den Pfälzern einen festbaren, machtvollen Ausdruck zu verleihen. Wie wir erfahren, findet am 17. Februar im ganzen Reich ein Pfalztag als maßgebende Kundgebung der Verbundenheit und als Opfertag für die Pfalz statt. Die Kundgebung geht aus und wird getragen von den politischen Parteien und den großen wirtschaftlichen Verbänden, sowie von den sonstigen kulturellen, charitativen und landmannschaftlichen Vereinigungen. Es wurde ein Arbeitsausschuß gewählt, der alle Vorbereitungen treffen wird, um den Pfalztag in erster, würdiger Weise durchzuführen. Gleichzeitig wird aufgefordert, in allen Städten und Gemeinden örtliche Ausschüsse zu bilden, die sich die Vorbereitung und Durchführung der Pfalztagkundgebung angelegen sein lassen.

Sozialdemokratische Abänderungsanträge zur Justizreform.

„Vorwärts“ hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Justizordnung vom 4. Januar als Initiativentwurf dem Reichstag vorgelegt. Der Entwurf will u. a. das Schwurgericht wieder herstellen, für Schöffengerichte und Strafkammern das wahlmännliche Ubergewicht für Vorsitzende über die Berufsrichter durchführen, für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen den Gedanken der Verhältnismäßigkeit zur Geltung bringen und die Stärkung der Hilfsgerichte der Länder auf Kosten des Reichsgerichts verheißen.

Eine neutrale Stimme über die deutsche Not.

Der schwedische Goldkürer Dr. Karl Didstrand, der kürzlich in Berlin weilte, um sich im Auftrag des schwedischen Roten Kreuzes von der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung durch eigene Beobachtung ein Bild zu verschaffen, erklärte vor seiner Heimreise einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ u. a.: Wer von einer Not in Berlin nichts gesehen haben will, ist den Orten des Elends absichtlich oder unabsichtlich aus dem Wege gegangen. Zum Schluß sagte Dr. Didstrand seine Eindrücke folgendermaßen zusammen: Die Notlage in Deutschland ist noch immer riesengroß. Die deutsche Selbsthilfe tut, was sie kann.

Voraussetzungen für Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune“ berichtet, wie aus Paris gemeldet wird, in einem langen Telegramm aus Grund von Informationen, die offenbar aus den Kreisen der Sachverständigen selbst stammen, über die ersten Eindrücke die die Sachverständigen in Berlin bekommen haben, und sagt, daß die Kommission in erster Reihe die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands im besetzten Gebiet empfinden wird. Die Sachverständigen hätten sich weniger um die rein technischen Fragen der militärischen Belegung gekümmert, sondern hätten auf dem Standpunkt, daß es unumgänglich sei, ob die militärische Belegung aufhöre oder nicht. Die Hauptfrage sei nach ihrer Auffassung, daß die deutschen Eisenbahnen, Straßen und Fabriken in deutsche Hände zurückgelegt würden. In den vier Tagen, in denen die Sachverständigen in Berlin ihre Besprechungen mit deutschen Persönlichkeiten hatten, hätte sich der Eindruck verstärkt, den sie in Paris gewonnen hätten, daß zur Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit drei Dinge erforderlich seien: Eine neue Goldwährung, die eine Entlastung der Rentenmark und eine Stabilisierung der deutschen Valuta ermöglichen würde, ferner ein Ausmaß der deutschen Budgets durch eine Steuerreform und schließlich die Zurückgabe aller Produktionsquellen in deutsche Hände.

Einzelberatung des französischen Sanierungsgesetzes.

Paris, 4. Febr. Die Kammer ist heute nachmittag in die Beratung der Finanzentwürfe der Regierung eingetreten. Der Vorsitzende verlas Art. 1 des Gesetzesentwurfes betreffend die Durchführung von Ersparnissen und die Erschließung neuer Steuerquellen. Er lautet: Es werden an den Staatsausgaben im Jahre 1924 Abstriche vorgenommen, die insgesamt nicht hinter einer Milliarde Franc zurückbleiben dürfen. Die Regierung wird ermächtigt, mittels Verordnungen, die vom Staatsrat nach vorheriger Billigung durch den Ministerrat erlassen werden, sämtliche Verwaltungsreformen und Vereinfachungen vorzunehmen, die die Durchführung dieser Ersparnisse erfordert. Sobald die ergriffenen Maßnahmen Abänderungen bestehender Gesetze notwendig machen, müssen die Dekrete innerhalb 6 Wochen dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden. Der kommunische Abgeordnete Lalou stellte zunächst die Vorfrage, und meinte, es genüge zu wissen, wie im Ausland der Fiskusbeginn begonnen habe, um auf der Hut zu sein. Er beginne mit Dekreten und werde fortgesetzt durch die Verfolgung von Sozialisten und Kommunisten. Das Regime der Dekrete stehe im Widerspruch mit der republikanischen Verfassung. Nur eine Revision dieser Verfassung könne das geplante Regime möglich machen. Wer anders handele, werde nicht nur die Verfassung, sondern auch die Deklaration über die Menschen- und Bürgerrechte. — Ministerpräsident Poincaré stellte hinsichtlich der von dem Abgeordneten Lafont aufgeworfenen Vorfrage die Vertrauensfrage, worauf der kommunische Antrag zurückgezogen wurde. — Der sozialistische Abgeordnete Boncour ergriff sodann das Wort, um Stellung gegen Art. 1 des Regierungsentwurfes zu nehmen. — Damit ist die Generaldebatte über Art. 1 des Regierungsentwurfes eröffnet.

Millerrand als Verteidiger der Ruhrpolitik.

Im Verlauf einer Rede vor französischen Journalisten suchte Millerrand nachzuweisen, daß der Kredit Frankreichs im-



erschüttert wäre. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, in dessen Verlauf ohne Zweifel Irrtümer und Fehler begangen worden seien. Diese könnten aber nicht über die Größe des erzielten Ergebnisses hinwegtäuschen. Die wichtigsten Stellen in der Rede Willerands sind die folgenden: Frankreich wird niemals, wie esdrückend die ihm auferlegten Opfer auch sein mögen, seine Unterschrift preisgeben. Es ist vielmehr entschlossen, durchzuhalten, weil es weiß, daß es durch Arbeitslosigkeit und Sparlosigkeit die Vorkämpfer, die es an Stelle des böswilligen Schuldners leisten mußte, wieder herzubekommen wird. Es will, daß der Erbfeind für den systematisch angerichteten Schaden aufkommt. Nachdem die Mittel der Erfüllung erschöpft sind, mußte Frankreich im Einverständnis mit seinen belgischen Freunden zum Zwang keine Zuflucht nehmen und durch Ergreifung eines Standes die restliche Einziehung seiner Forderungen sichern. Jetzt werden allerdings die Verpflichtungen, die an Stelle seines widersprechenden Schuldners von Frankreich eingegangen werden müssen, fällig. Seine Verpflichtungen wird Frankreich erfüllen. Um zu zeigen, daß es seine Söhne hergegeben und um seinen Kredit aufrecht zu erhalten, wird es auch seine sämtlichen Hilfsquellen aufbieten. Das ist der einmütige Wille Frankreichs ohne Unterschied der Parteien. — Mit diesen Ausführungen stellt sich Willerand unbedingt auf die Seite Poincarés. Die „Morgenröte der Versöhnung“, die in seiner Neujahrsvorrede schimmerte, ist verfliegen. Der Franz führt, und die Verant-

wortlichen haben kein anderes Mittel, als Restlosigkeit zu markieren und die Massen mit den Schlagworten „deutsche Plünderer“, „Offensive des böswilligen Schuldners“ zu hypnotisieren. Es fiel Willerand auch schwer, das Eingehändnis zu machen: Die Ruhrpolitik war ein verhängnisvoller Fehlschlag Poincarés, und Frankreich wird jetzt die Last bezahlen!

Willerands Dank an Wilson.

Der Präsident der Republik, Willerand, erklärt in einem an die Witwe des verstorbenen Präsidenten Wilson gerichteten Beleidetelegramm, Frankreich werde niemals den großen Freund vergessen, der einen so bedeutenden Anteil an dem Entschluß der Vereinigten Staaten hatte, sich in dem Krieg des Rechtes gegen die Gewalt an die Seite Frankreichs und seiner Verbündeten zu stellen. Poincaré und Clemenceau haben sofort nach Bekanntwerden des Todes Wilsons seiner Witwe Beleidetelegramme übermittelt. Poincaré erklärte einem amerikanischen Journalisten, Frankreich könne nicht vergessen, daß unter der Präsidentschaft Wilsons die Vereinigten Staaten Anstrengungen durchzuführen haben, um die Freiheit der Welt und die Zukunft der Zivilisation zu retten dadurch, daß sie den Verteidigern des Rechtes (!!) einen unschätzbaren Beistand geliehen hätten. Frankreich wisse wohl, welcher hohe und großartige Gedanke diesen idealistischen Mann befeuert habe und in welcher edlen Sprache er von Frankreich bis zu dem Tage gesprochen habe, an dem die Krankheit ihn niedergerichtetete.

Nur 4 Ausnahme-Tage!
Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag dieser Woche!

Ein Posten kompl. **11⁰⁰**

Futter-Stoffe schteilig mit Woll-Serg

Ein Posten la. **9³⁰**

Anzug-Stoffe per 3.10 Mr. 12,40, 15,50, 18,60, 21,70, 24,80

Ia. Kammgarnstoffe per 3.10 Mr. **31⁰⁰**

An den obigen vier **10 Proz. Rabatt** die an der Kasse in Abzug gebracht werden.

Frankfurter billiger Massen-Stoffverkauf, Pforzheim,
Nur Dellungstr. 20. — Nur Laden neben Pfannkuch.
Bitte genau auf Strasse und Hausnummer achten.

Raucht „Fredy“-Zigaretten.

Hergestellt aus den feinsten Orient-Tabaken (Goldgelbe Ware).
Sie sind trotz des billigen Preises an Qualität unübertroffen.

Cairo Gold 3 Pf. | Fredy-Extra 5 Pf.
Harry Walden Gold u. o. M. 4 Pf. | und Extra-Klasse

Wiederverkäufer u. Wirte, die solche noch nicht haben, erhalten dieselben zu Orig.-Fabrikpreisen bei unserem Fabriklager

der **Fa. Pfeiffer & Wissler,** Großhandelshaus für Tabakwaren,
Pforzheim, Metzgerstrasse 11,
Telefon 1969.

Für den Pfeifen-Raucher empfehlen wir **Pfeifka-Shäg,** den herrlichen Tabak für die kurze Pfeife.
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Sie sind überall zu haben!

An die Ortsbehörden!

Die Musterung der Ortspolizeiunterbeamten durch den Landjägerstationskommandanten (§ 252 Abs. 2 der Volkz. Verf. zur Ode. Ordnung) wird in diesem Jahr wie folgt vorgenommen:

am **Dienstag, den 19. Februar, vorm. 10 Uhr, in Schömburg** für die Gemeinden Weinberg, Bieselsberg, Grunbach, Igelsloch, Kopfenhardt, Langenbrand, Maisenbach, Oberlengenhardt, Solmbach, Schömburg, Schwarzenberg und Unterkengenhardt,
am **Mittwoch, den 20. Februar, vorm. 9 Uhr, in Neuenbürg** für die Gemeinden Neuenbürg, Arnbach, Birkenfeld, Engelsbrand, Gröfenhausen, Höfen und Waldrennach,
am **Donnerstag, den 21. Februar, vorm. 9 Uhr, in Schwann** für die Gemeinden Conweiler, Dornach, Feldrennach, Oberneilsbach, Ottenhausen, Schwann und Unterteilsbach,
am **Dienstag, den 26. Februar, vorm. 10 Uhr, in Herrenalshaus** für die Gemeinden Bernbach, Döbel, Herrenalshaus, Loffenau, Neuloh und Rotensol,
am **Mittwoch, den 27. Februar, vorm. 9 Uhr, in Wildbad** für die Gemeinden Calmbach, Englstöckle und Wildbad.

Die Polizeiunterbeamten haben zu den Musterungen pünktlich in voller Uniform neuester Garnitur (Dienstmäntel sind mitzubringen) zu erscheinen und ihr Dienstbuch sowie Gelenkfedern vorzulegen.

Die **Gemeindebehörden** werden beauftragt, Vorstehendes an die Polizeiunterbeamten zu eröffnen.

Neuenbürg, den 5. Febr. 1924. **Oberamt: Wagner.**

Gemeinde Ottenhausen.

Stangen-Verkauf.

Die Gemeinde verkauft aus dem Gemeindefeld Abt. Kreuzwald
am **Samstag, den 9. d. Mts.**

102 Banstangen 1. bis 4. Klasse,
263 Hagstangen 2. bis 3. Klasse,
1832 Hopfenstangen 1. bis 5. Klasse,
1130 Rebstecken und
260 Bohnenstecken.

Zusammenkunft nachm. 2 Uhr beim Rathhaus.

Drahtstifte
in allen Abmessungen liefern billigst aus Lagerort.

Rayher & Gantert, Pforzheim,
Eisen, Stahl, Metalle,
Telefon 3325, Weiherstraße 35.

Waisenbach.

Jagd-Verpachtung.

Die hiesige Gemeindejagd, umfassend 570 Hektar Feld- und Waldfläche, kommt am **Samstag, den 9. Februar 1924, nachmittags 2 Uhr,** auf 3 oder 6 Jahre im öffentlichen Aufsteich auf dem Rathaus zur Verpachtung.
Den 2. Februar 1924. **Gemeinderat.**

Kraftwagen-Gesellschaft Neuenbürg.
Fernruf 47.

Auf vielseitigen Wunsch veranstalten wir **Sonderfahrt mit Kraft-Omnibussen zum Leonberger Pferdemarkt am Dienstag, den 12. Februar.**
Anmeldungen nimmt die Betriebsleitung entgegen. Platz wird nur bei Abgabe einer Fahrkarte à M. 4,50 vorausbelegt. Abfahrt punkt 6 Uhr früh Marktstraße.

Neu eingetroffen:

Weitere zwei Waggons
23 er Eßfäßer

Weiß- und Rotwein.

Für Wirte und Wiederverkäufer äußerst günstige Preise.

Philipp Koch,
Weinhandlung zum „Schiff“,
Pforzheim,
Telefon 2421.

Bezirks-Arbeitsamt Neuenbürg.
Rathaus Zimmer Nr. 8.
Telefon Nr. 53.

Wir suchen für sofort:

1 Mädchen für Haus und Küche,
1 Saatkocher,
1 Zimmermädchen,
1 Geschirrspüler,
1 Wäscher,
2 Küchenmädchen,
sowie verschiedene Kaufmannslehrlinge mit Realschulbildung.

Wer etwas zu kaufen sucht, etwas zu verkaufen hat, eine Stelle sucht, eine Stelle zu vergeben hat, etwas zu vermieten hat, etwas zu mieten sucht inseriert am erfolgreichsten u. billigsten im „Enztäler“.

Achtung!

Kein Schwindel, wie er auf den Jahr-Märkten zeitweise angeboten wird, sondern **über 20 Jahre erprobt** sind meine **Gummi-Sohlen ohne Nägel** für Leder- und Turnschuhe, gibt weichen und leichten Auftritt, jahrelang haltbar.

Herren-Stiefel mit Absatz . . . 2,70—3,00 M.,
Damen- „ „ „ . . . 2,40—2,60 „
Turnschuhe mit „Fled“ . . . 1,60—2,00 „

Herm. Krauss, Gummisohlerei, Calmbach.

Lungenkranke
versuchen eine Hamakar. Auskunft erteilt H. Malor, Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, Pforzheim, Fernruf 2218.
Samstag, den 9. Februar, morgens von 9 bis 11 Uhr in Wildbad Gasthaus zur „Eisenbahn“

Herr Dr. med. Schmitt für nachfolg. u. ähnlich Leidende prakt. Arzt, lösenlos, persönlich zu sprechen.

Bruchleidende
(gleich welcher Art und Größe ihre Leiden sind)

Bettmässer und Blasenwache **Unterleibs-** Schwache wie Hängeleib usw.
Darmschwache und Speiseröhre **Mutter-** vorfallende usw.
Beinleidende u. Krampfadern **Rückgrat-** Schwache und verkrümmte
Schwerhörige, Nerven-, Rheumatis., Gicht- und Gallenleiden.

Die zur Besserung und Hebung obiger und ähnlicher Leiden notwendigen, teils original, geschäftl. sanitären und elektro-mechanischen Spezialartikel können an Hand von Rührern, Preislisten usw. bei Herrn Dr. Schmitt in Kuiting gegeben werden.

Ph. Steuer Sohn Konstantin u. V. Wesen-Fabrikation sanitärer Dr. med. Schmitt, Konstantinbergstr. 15/17 Spezialarzt u. Sanitär

Bezugspreis
Halbmonatlich 17 200
30 Wochenentgelte. Die
Post im Okt. u. Okt.
erlebe, sowie im Ja
inland. Berleber 50
viennig m. Postbestell
Preis freibleibe
Rachreibung vorb
Preis einer Nummer
pennige.
In Fällen von gde
wilt besteht kein A
auf Lieferung der
aber auf Lieferfrist
Bezugspreis

Bestellungen nehme
Poststellen, in Neu
außerdem die Ku
jederzeit em

Strolche Nr. 2
O. A. Sportfeste Neu

Nr 31

Carlsruhe, 5.
berfall auf Bergh
den. Die Americ
schof freigelassen.
Amerika 25 Jahre
eine große Protr
Bestrebnis hat.
Sämtlich auch die
sitzämter der
Deyer, 5. Fe
es, daß der zugle
thias Sand von R
um Deins ein Ge
bung widerrufen
gewesen sein. Sa
gründenden Sepa
München, 5. F
Bayerischen Volk
Vollstreckere.
Neugründung de
Stuttgart, 4.
Berfammlung nat
glieder des Bezirk
Reichsbahnbeamte
Reichsbahnwertwa
lichen Referat des
inspektor Morlod,
herausfindlich sch
ders stark und ri
führt, sowie in U
Referenten hervor
verwaltung auf p
gesamtheit eine u
sei wie für die B
Referenten in den
die Weiterlösung
auf Verwaltung
Großkapital vor
der einstimmigen
beute im St. W
sammlung der W
ten ist sich darübe
eine weitgehende
privatwirtschaftl
lung des Verkehrs
sammlung warnt
Gründen einbring
Charakter der Re
trieb eintreten zu
beauftragt, auch n
und Parlament e
nung der Rechte i
treten.

Berlin, 5. Fe
schen Deutschland
stellung eines m
deutschereits un
zwischen dem be
hebung des Jolle
tarifes für die G
Gebiet kommen.
Diese Bollgr
teralliierten We
1923 als Strafe
deutsche Hoheru
besondere Ein-
nicht anerkennen
rung dieses Regi
diese Bollgrenze